

Rede
von Herrn Oberbürgermeister Klaus Wehling
anlässlich
„Einbringung des Haushaltes 2009“
Montag, den 15. Dezember 2008, 15:00 Uhr
Ratssaal
Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Verehrte Mitglieder des Rates,

Verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

Verehrte Bürgerinnen und Bürger auf den Zuschauerbänken.

Unvorstellbare Dramatik, absolute Dringlichkeit, höchster Druck, brennende Aktualität.

Selbst mit diesen drastischen Begriffen lässt sich die Haushaltslage unserer Stadt, aber nicht nur unserer Stadt, sehr unvollständig beschreiben.

Wir leben mit einer Haushaltssperre und ihren dramatischen Konsequenzen für die Verwaltung und für die Bürgerinnen und Bürger.

Natürlich geht es heute um den Oberhausener Haushalt für das kommende Jahr.

Unser Kämmerer Bernhard Elsemann wird im Anschluss auf die Einzelheiten des Budgets eingehen. Aber es geht weniger um die einzelnen Haushaltsdaten, in der aktuellen Situation geht es um Entscheidenderes.

Es geht darum, dass es Sinn macht, so ernsthaft und intensiv zu sparen, wie es nur geht. Das haben wir getan, das tun wir bereits jetzt und das werden wir auch 2009 und in den folgenden Jahren tun.

Es geht aber auch darum, dass wir uns beim Sparen so sehr anstrengen können wie wir wollen, aus eigener Kraft kommen wir nie mehr raus aus dieser Schulden- aus dieser zurecht so genannten Vergeblichkeitsfalle.

Da sind sich alle Fachleute von der Gemeindeprüfungsanstalt über Finanzwissenschaftler bis hin zu Politikern auf unterschiedlichsten Ebenen einig. Nur Bezirks- und Landesregierung verschließen vor diesen Fakten noch immer die Augen, weil sie sonst ihren Beitrag zur Lösung der Altschuldenfrage leisten müssten.

Was tut die Kommunalaufsicht stattdessen?

Sie zwingt uns die Steuern zu erhöhen. Danach wären wir Spitzenreiter in Deutschland.

Sie schneidet uns von jeglichen Förderprogrammen zur Stadtentwicklung ab, mit äußerst negativen Auswirkungen für unsere Stadt.

Sie versucht mit allen Tricks das Oberhausener Besucherzentrum als wesentlichen Beitrag zur Kulturhauptstadt 2010 zu verhindern.

So darf man mit uns nicht umgehen! So lassen wir nicht mit uns umgehen!

Es stimmt, was das Eigenkapital angeht stehen wir im Moment am Schlechtesten da. Aber Hagen und das Bergische Städtedreieck – Wuppertal, Solingen Remscheid – sind fast in der gleichen Lage.

Duisburg und Essen werden schneller ein negatives Eigenkapital ausweisen, als es ihnen lieb ist und damit ebenso überschuldet sein.

Selbst der Verkauf ihres Tafelsilbers hat ihnen nicht wirklich geholfen, sie haben damit lediglich eine Galgenfrist gewinnen können.

Ich berichte das nicht, um von den eigenen Problemen abzulenken.

Ich berichte das, weil es hier um einen finanziellen Flächenbrand geht.

Fast die Hälfte aller Kassenkredite bundesdeutscher Kommunen sind in einem Regierungsbezirk aufgenommen worden, im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Dieser Flächenbrand meine Damen und Herren, lässt sich nicht mit ein paar Eimern Wasser in Oberhausen oder Duisburg oder Remscheid löschen.

Ich berichte es, weil Bund und Land endlich helfen müssen bei der Finanznot der Städte und Gemeinden an Rhein, Ruhr und Wupper.

Es geht um die Handlungs- und Überlebensfähigkeit unserer Städte um die Zukunftsfähigkeit weiter Teile Nordrhein-Westfalens.

Da hilft es wenig, wenn die Präsidentin des Landtags NRW eine Debatte über die Rettungspläne von der Pleite bedrohter NRW- Städte wegen - ich zitiere:

„Mangelnder Aktualität“ Zitat Ende - von der Tagesordnung absetzt.

Nur ein paar Tage später empört sich der Innenminister, er hätte weder in Oberhausen noch in Duisburg betriebsbedingte Kündigungen angedroht.

Genau genommen, hat er in Person das wirklich nicht. Die Betonung liegt auf „er“.

Denn bis heute hat sich empörender weise weder der Innenminister noch der Finanzminister persönlich in Gespräche mit der Stadt Oberhausen eingebracht.

Aber die gleich mehrfach erhobene Forderung seines Parlamentarischen Staatssekretärs nach betriebsbedingten Kündigungen wurde sogar in diesem Raum – vom Leiter der Kommunalaufsicht vor unserem Haupt- und Finanzausschuss – öffentlich gemacht.

Soviel zur Wahrhaftigkeit in unserer Diskussion mit Düsseldorf.

Das geht in die gleiche Richtung wie die scheinheilig formulierte Pressemitteilung des Regierungspräsidenten.

Die Hand, so Büssows blumige PR-Abteilung, werde uns ausgestreckt, um die Probleme der Haushaltskonsolidierung gemeinsam zu lösen.

Dagegen erinnert mich die ausgestreckte Hand immer an alte Paukerfilme – und da verhiß das nichts Gutes. Vielleicht ist alles nur eine Frage der Sichtweise.

So, wie die Task Force, die der Regierungspräsident im Zusammenhang mit seiner jüngsten Haushaltsverfügung angesprochen hat.

Weniger blumig, kann man darunter durchaus die Entsendung eines verkappten Sparkommissars verstehen.

Von Gemeinsamkeit und Dialogbereitschaft zur Problemlösung habe ich jedenfalls ein anderes Verständnis.

Wir in Oberhausen versuchen vor Ort die Dinge tatsächlich miteinander zu lösen. So habe ich einen Runden Tisch zur Haushaltskonsolidierung initiiert, der sich in den vergangenen Wochen zweimal getroffen hat.

Ohne in Einzelheiten zu gehen, so sind mir zwei Dinge besonders wichtig:

An erster Stelle die große Solidarität, die sich an diesem Tisch und in der Oberhausener Bevölkerung zeigt.

Dazu das Signal aller gesellschaftlichen Gruppen, die an diesem Tisch sitzen, ihre jeweiligen Organisationen und damit die Sozialstruktur unserer Stadt nicht kaputt sparen zu lassen.

Wir brauchen alle: die Kirchen, die Gewerkschaften, die Wirtschafts-, die Wohlfahrtsverbände, den Sport, die Kultur,- kurzum die lebendige Vielfalt unseres öffentlichen Lebens.

Klar ist, wir dürfen heute nicht die Zukunft unserer Stadt, die Zukunft unserer Kinder „versparen“.

Nicht bei der Arbeit, nicht bei der Bildung, nicht bei der Chancengleichheit.

Wenn uns das nicht gelingt, und wenn es uns nicht gelingt, mit der Kommunalaufsicht objektiv erreichbare Sparziele zu vereinbaren, dann wird binnen kurzem die Infrastruktur unserer Stadt fahrlässig dem Verfall preisgegeben.

Ich spreche von Werten, meine Damen und Herren, die uns Oberhausenerinnen und Oberhausenern gemeinsam gehören und über die nun Beamte an Düsseldorfer Schreibtischen mit Rheinblick entscheiden wollen, ohne die Lage an Ruhr und Emscher auch nur zu erahnen.

Neben Straßen, Wegen, Plätzen, geht es um Schulen, Kindergärten, Sporthallen, Schwimmbäder, Büchereien, das Theater, das Rathaus – schlicht um unser öffentliches Eigentum – das wir auch im Interesse nachfolgender Generationen erhalten wollen, erhalten müssen.

Hier ist nicht der Ort, nur auf andere zu zeigen, Schuld und Schulden zu delegieren. Ja, wir haben in der Vergangenheit auch Fehler gemacht. Fehler, die Geld gekostet haben, aber auch Fehler, die wir erfolgreich korrigieren konnten.

Als Beispiel nenne ich Tabaluga. Da ist aus einem Flop durch den Verkauf an Stage ein heute florierendes Musical Theater geworden, das uns Arbeit, Umsatz, Steuereinnahmen und Imagegewinn bringt. So gibt es auch andere Beispiele.

Was ich damit sagen will: Wir sind ehrlich und tragen unseren Teil der Verantwortung für die Fehler der Vergangenheit. Wir haben keinen Grund, uns zu verstecken. Wir haben in Oberhausen weder gezockt, noch geprasst. Wir wissen seit über 20 Jahren, was Sparen bedeutet. Und wir zahlen fast ebenso lange auch für die Einheit

und für Kommunen in den neuen Bundesländern, deren neue Infrastruktur Jahr für Jahr Seite für Seite im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler füllt.

Zurück zu den Oberhausener Schulden und der Frage der Verantwortlichkeit. Selbst wenn man alle Vorwürfe gegen die Oberhausener Haushaltsführung akzeptieren würde – ob berechtigt oder unberechtigt sei dahingestellt – dann garantiere ich ihnen, von dem 1.600 Millionen Schulden bliebe eine Summe von weit über 1.000 Millionen übrig.

Für diese unvorstellbar hohe Summe, meine Damen und Herren, muss andernorts die Verantwortung übernommen werden. In Düsseldorf und in Berlin.

Ich nenne Ihnen Beispiele. Da ist das Konnexitätsprinzip:

Vereinfacht heißt das, dass die Kommunen immer neue Aufgaben übernehmen mussten. Aufgaben die erhebliche Kosten verursachen, für die aber weder Bund noch Land zusätzliches Geld zur Verfügung stellen. Nach meiner festen Überzeugung kann und darf eine verantwortungsbewusst handelnde Aufsicht nicht weiter nur in eine Richtung schauen. Das Land und damit die Kommunalaufsicht muss ihre gesetzlich zugewiesene Doppelrolle wahrnehmen. Sie kann sich nicht weiter einseitig auf die formale Position der Rechtsaufsicht zurückziehen, sondern ist gleichermaßen verpflichtet, den Kommunen Hilfestellung bei der Lösung struktureller Haushaltsschiefen zu geben.

Die fortlaufende Schlechterstellung der Kommunen zeigt sich zum einen in einer immer schlechter werdenden Finanzausstattung, zum anderen in zusätzlich aufgebürdeten Belastungen ohne finanziellen Ausgleich.

- Verschlechterungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG), beim kommunalen Finanzausgleich.
- Kürzung frühkindlicher Betreuung und Bildung.
- Kürzung bei den Betriebs- und Investitionskosten, sowie dem Elterndefizitausgleich in den Kindertageseinrichtungen.
- Kürzung der Betreuung der Unterdreijährigen.
- Kürzung der Erstattung für die Schülerbeförderung.
- Kürzung der Zuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz
- Erheblicher kommunaler Mehraufwand durch die Kommunalisierung der Versorgungsämter und der Umweltverwaltung.

Insgesamt eine Fülle von Mehrkosten oder Mindereinnahmen, die das Land zu verantworten hat, die Kommunen aber tragen müssen.

Ein unhaltbarer Zustand, der dringend geändert werden muss – und darüber bin ich mir mit meinen Oberbürgermeisterkollegen im Ruhrgebiet und im Bergischen Land – gleich welcher politischen Couleur – völlig einig.

Wesentlichen Anteil an der Finanzkrise nordrhein-westfälischer Kommunen haben die Zahlungen an den Fond Deutsche Einheit. Dort haben wir bisher über 200 Millionen Euro eingezahlt. Für Oberhausen und für die Städte und Kreise des Ruhrgebietes ist es nicht länger einsehbar, warum sie fast 20 Jahre nach Öffnung der Mauer jährlich zum Teil zweistellige Millionenbeträge für den Aufbau von Infrastruktur in Ostdeutschland überweisen, während ihnen die gleichen Investitionen in der eigenen Stadt untersagt sind.

Besonders problematisch ist dabei: jeder Euro musste mit Krediten finanziert werden.

Unsere gravierende finanzielle Notlage hat dazu geführt, dass Oberhausen in der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion eine Vorreiterrolle einnimmt.

Nicht zuletzt durch uns, durch Oberhausen, sind endlich Problembewusstsein und Bewegung entstanden: Im Landtag hat die SPD- Fraktion einen Antrag zum Solidarpakt Stadtfinanzen vorgelegt, beim RVR sind SPD und Grüne aktiv geworden, beim DGB, beim Städtetag, und jetzt sogar im Bundestag steht das Thema endlich auf der politischen Agenda.

Auf diese Ebenen gehört das Thema, und darum bin ich unserem Vizekanzler Frank Walter Steinmeier besonders dankbar für seine Vorschläge zur Darstellung kommunaler Eigenanteile in Kommunen mit Nothaushalt.

Bei der Kanzlerin würde ich mir ein bis heute nicht erkennbares Bewusstsein wünschen, für kommunale Finanzprobleme im Westen.

Die Diskussion der vergangenen Wochen bietet die Chance für einen radikalen Umdenkprozess nicht nur bei der Kommunalaufsicht. Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass noch in dieser Woche Oberbürgermeister, Landräte und Kämmerer aus dem ganzen Ruhrgebiet und aus dem Bergischen Land hier bei uns, in Oberhausen, das Memorandum der Kommunen für eine Neuordnung der Gemeindefinanzierung unterzeichnen werden, denn: Das zentrale Problem der Städte an der Ruhr und im bergischen Land ist und bleibt ihre prekäre strukturelle Lage.

Die Steuereinnahmen der strukturschwachen Städte liegen deutlich unter dem Niveau der übrigen kreisfreien Städte in NRW.

Dazu kommt die starke Konjunkturanfälligkeit der kommunalen Einnahmen. Eine verlässliche Haushaltsplanung ist so auf Dauer nicht möglich.

Das nächste Problem sind die massiven Belastungen aus sozialen Leistungen. Diese Kosten für immer mehr staatlich vorgeschriebene städtische Leistungen machen den größten Teil der kommunalen Haushalte aus. Diese Belastungen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen.

Vor diesem Hintergrund sind die Entscheidungen der Kommunalaufsicht gegenüber Oberhausen völlig unverständlich.

Unsere Probleme lassen sich eindeutig nicht mit eiserner Hand lösen. Das Gegenteil ist richtig. Durch das unnachgiebige Verhalten der Kommunalaufsicht werden die Ungleichgewichte nur noch weiter verschärft.

Meine Vermutung ist, die neue Härte ist nicht Ausdruck angebrachter Entschlossenheit der Kommunalaufsicht, sie scheint mir vielmehr ein Beleg für die Hilflosigkeit im Umgang mit dieser Finanzkrise. Die aktuelle Lage bringt genau genommen nur die Versäumnisse der Vergangenheit ans Licht.

Staat und Kommunalaufsicht tragen durch ihr inkonsequentes Verhalten in der Vergangenheit bei der Überwachung der kommunalen Haushaltsführungen und durch ihre permanenten Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip eine gewaltige Mitschuld an der aktuellen Lage.

Die neue harte Hand ist sicher kein Weg um aus der Vergeblichkeitsfalle kommunalen Sparens alleine herauszukommen.

Ich erwarte von der Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung und Landesregierung, zu dem seit langem verabredeten Dialog zurückzukehren.

Glück auf!

- Es gilt das gesprochene Wort